

Dieses „Nein“ zur Atomkraft lässt Deutschland international schlecht dastehen



Von **Daniel Wetzel**
Wirtschaftsredakteur

Stand: 27.11.2025 | Lesedauer: 5 Minuten



In Kapstadt, Südafrika, steht das einzige Atomkraftwerk des afrikanischen Kontinents

Quelle: picture alliance/Zoonar/Christoph Schöne

Eine halbe Milliarde Menschen in Afrika hat keinen Strom. Dennoch spricht sich Entwicklungshilfeministerin Reem Alabali Radovan dagegen aus, finanzielle Hilfe aus Deutschland für Atomkraft zu verwenden. Die Union reagiert empört auf die Pläne – der Vorwurf der Bevormundung steht im Raum.

Die Regierungskoalition hat ihren nächsten Atomstreit. Entwicklungshilfeministerin Reem Alabali Radovan (<https://www.welt.de/themen/reem-alabali-radovan/>) (SPD) will die Mittelvergabe der Weltbank (<https://www.welt.de/themen/weltbank/>) für Kernkraft-Projekte in Schwellen- und Entwicklungsländern nicht akzeptieren. „Die Zustimmung zur Finanzierung von Atomkraft in jeglicher Form ist aktuell nicht vorgesehen“, erklärte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen im Bundestag.

Die Bundesregierung (<https://www.welt.de/themen/bundesregierung/>) sehe eine Finanzierung von Kernenergievorhaben durch die Weltbank „kritisch, da die Nutzung von Kernenergie (<https://www.welt.de/themen/atomkraftwerke/>) aus hiesiger Sicht keine wirtschaftlich und sicherheitstechnisch sinnvolle Alternative zum Auf- und Ausbau der Energieversorgung mit erneuerbarer Energie in Weltbank-Partnerländern darstellt“, begründet das Ministerium seine Blockadehaltung. Die Weltbank hatte im Sommer dieses Jahres ihre Förderpolitik auf Nuklear-Projekte ausgeweitet und dazu ein Abkommen mit der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) geschlossen.

Auch in den Gremien anderer internationaler Entwicklungsbanken werde die Bundesregierung ihren Einfluss geltend machen, damit auch für den Bau von Mini-AKWs (Small Modular Reactors, SMR) keine Finanzhilfen zur Verfügung gestellt werden. Doch Deutschlands Einfluss allein reicht nicht. Deshalb sucht die Bundesregierung in den Gremien aktiv nach Verbündeten.

„In den Banken findet dies vornehmlich über die deutsche Vertretung in den Exekutivdirektorien statt“, führte das BMZ aus. „Hinzu kommen hochrangige Gespräche von Mitgliedern der Bundesregierung mit dem jeweiligen Management sowie Gespräche innerhalb der EU und mit gleichgesinnten Staaten.“ Die Bundesregierung, erklärt das BMZ, verweise „in ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung, insbesondere auf die fehlende Wirtschaftlichkeit von Nuklearenergie.“

Keine Atom-Ablehnung im Koalitionsvertrag

Eine grundsätzlich ablehnende Haltung? Im Koalitionsvertrag steht dazu nichts. Regierungschef Friedrich Merz (CDU) hatte den Atomausstieg als „schweren Fehler“ bezeichnet und will sogar prüfen lassen, ob Deutschland die neuen SMR genannten Mini-AKW zusammen mit Frankreich bauen kann. Den unter Rot-Grün schwelenden Atomstreit mit Frankreich über die Anerkennung von Nuklearenergie als „klimafreundlich“ und förderfähig legte Merz im August zugunsten Frankreichs bei.

Das Bild, das Deutschland damit in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit abgibt, könnte schlimmer nicht sein: Während der deutsche Regierungschef mit Frankreich über den Bau kleiner Atomkraftwerke spricht, beabsichtigt das Entwicklungshilfeministerium, armen Ländern diese Möglichkeit vorzuenthalten. Das klingt nach dem alten lateinischen Sprichwort über Arroganz: Quod licet Iovi, non licet bovi (Was Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen noch lange nicht erlaubt).

Von einer oft beschworenen Entwicklungszusammenarbeit „auf Augenhöhe“ kann jedenfalls keine Rede sein. Wenn Schwellenländer wie Ägypten, Marokko, Ghana, Kenia oder Nigeria auf Atomkraft setzen, versucht ihnen Deutschland als fünftgrößter Einzahler der Weltbank in den Gremien einfach den Geldhahn zuzudrehen, ganz nach dem Motto: „Wir wissen besser, was gut für euch ist.“

Abgestimmt ist die grünenfreundliche Aussage des BMZ innerhalb der Regierung zwar schon, aber nicht mit den Fraktionen. Sehr zum Missfallen der Union im Bundestag. Die Antwort auf die Grünen-Anfrage habe ihn „sehr gewundert“, sagt Wolfgang Stefinger (CSU), Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. „Insbesondere die Grünen reden immer schnell von Neokolonialismus“, kritisiert Stefinger. „Jetzt wollen die den afrikanischen Ländern indirekt vorschreiben, was sie energiepolitisch machen sollen und was nicht.“

Dass Deutschland zum Beispiel in Afrika die erneuerbaren Energien fördert, stehe ja außer Frage. Doch wenn die Weltbank auf Wunsch dieser Länder jetzt auch Kernenergie finanziert, müsse man dies respektieren. „Zurzeit haben 626 Millionen Afrikaner keinen Zugang zu Elektrizität und 2030 werden es 657 Millionen sein“, sagt Stefinger. „Um diesen Trend umzukehren, brauchen wir in Afrika den Energiemix in seiner gesamten Breite.“

Wie sehen die Fakten aus? Laut einem Bericht der International Renewable Energy Agency (Irena) flossen seit 2012 jährlich nur zwei Prozent der globalen Ökostrom-Investitionen auf den sonnenreichen Kontinent. Die Tendenz nimmt aber deutlich ab. In den Jahren 2021 und 2022, den letzten mit verfügbaren Daten, gingen lediglich 0,2 Prozent der globalen Investitionen in erneuerbare Energien nach Afrika. Drei Viertel dieser geringen Mittel kamen vier Ländern zugute: Ägypten, Kenia, Marokko und Südafrika.

Jenseits einiger von Industrieländern und Entwicklungsbanken subventionierter Wind- und Solarprojekte blieben private Kapitalgeber dem Kontinent weitgehend fern, bedauert die Irena. Ökostrom-Investoren hätten „offenbar eine Vorliebe für risikoarme Gelegenheiten und legen ihren primären Fokus auf finanzielle Erträge, oft auf Kosten sozialer, ökologischer und klimabezogener Vorteile.“

Nach Angaben des „Institute for Security Studies“ (ISS) in Pretoria/Südafrika basiert die Energieversorgung Afrikas noch zu 95 Prozent auf Öl, Gas und Kohle. ISS-Chef Jakkie Cilliers hatte Anfang November vor dem Entwicklungshilfe-Ausschuss des Bundestages vorgerechnet, dass das rasche Bevölkerungswachstum Afrika „keine andere Wahl lassen könnte, als substantielle Investitionen in Kernenergie zu tätigen“.

Denn die Weltbank verfolgt zwar mit der „Mission 300“ das Ziel, bis 2030 in Afrika 300 Millionen Menschen mit „zuverlässiger, erschwinglicher und nachhaltiger Energie“ zu versorgen. Doch ist diese Zielerreichung bereits heute illusorisch und Afrikas Bevölkerung wächst rasant weiter. In den 2060er-Jahren dürften auf dem afrikanischen Kontinent mit 3,2 Milliarden doppelt so viele Menschen leben wie in Indien und dreimal mehr als in China.

Die bevölkerungsreichste Region der Welt droht dann wegen fehlender Energie wirtschaftlich abgehängt zu bleiben, mit unvorstellbaren sozialen Konsequenzen, die auch eine immense Migration auslösen könnten. Während Indien bereits 24 Reaktoren betreibt und bis Mitte des Jahrhunderts mit 100 Meilern rechnet, in China 58 AKWs laufen und 35 weitere gebaut werden, gibt es in Afrika bislang nur ein einziges Atomkraftwerk: Koeberg in Südafrika.

Ägypten baut vier Reaktoren, zehn weitere afrikanische Länder zeigen an der Atomkraft Interesse. Ghana, Nigeria und Kenia haben schon entsprechende Beschlüsse gefasst. Wie stark die Projekte auch von Weltbank-Krediten abhängen und damit womöglich von der Gnade regierungsamtlicher Atomkraftgegner aus Deutschland, ist noch unklar.

Dieser Artikel wurde für das Wirtschaftskompetenzzentrum von WELT und „Business Insider Deutschland (<http://www.businessinsider.de>) “ erstellt.

Daniel Wetzel (<https://www.welt.de/autor/daniel-wetzel/>) **ist Wirtschaftsredakteur in Berlin. Er berichtet über Energiewirtschaft und Klimapolitik. Er wurde 2007 vom Verein Deutscher Ingenieure (VDI) mit dem Robert-Mayer-Preis ausgezeichnet und vom Energiewirtschaftlichen Institut an der Universität Köln 2009 mit dem Theodor-Wessels-Preis.**
